



Maritza Gutierrez Hoyos im Quartier Versailles in Barrancabermeja, wo sich das Büro von PWS befindet. Die Wandmalerei zeigt den Priester und Guerillero Camilo Torres (1929-1966).
Foto: Gladwell Manners (ECAP)

Was braucht es, damit wirklich Frieden herrscht in Kolumbien?

Wie hat sich die Situation der Bevölkerung in den von Peace Watch Switzerland (PWS) begleiteten Gemeinden in Kolumbien seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens verändert? Und wann kann von Frieden gesprochen werden in diesem Land?

Nachdem die kolumbianische Bevölkerung im Oktober 2016 knapp gegen das Friedensabkommen des Staates und der FARC-Guerilla gestimmt hatte, segnete das Parlament im Dezember den überarbeiteten Vertrag ab. Wie sich dieser bis jetzt auf die Menschenrechte in Kolumbien ausgewirkt hat und wo die grossen Herausforderungen liegen, lesen Sie im folgenden Interview. Die freiwillige Menschenrechtsbeobachterin Deborah Bier sprach mit der lokalen Koordinatorin des PWS-Begleitprojekts in Kolumbien, Maritza Gutierrez Hoyos.

PWS: Wie hat sich die Unterzeichnung des Friedensvertrages auf die ländlichen Gemeinden ausgewirkt, insbesondere in der Region Magdalena Medio?

Maritza Gutierrez Hoyos: Die Gemeinden werden mit neuen und grossen Herausforderungen konfrontiert. In den Gemeinden sind neue Formen der Gewalt an-

zutreffen, für die mehrheitlich paramilitärische Gruppierungen verantwortlich sind. Denn mit dem Abzug der Guerilleros der FARC und dem Machtvakuum, welches damit entstanden ist, haben sie die Kontrolle über einige Zonen der Region Magdalena Medio übernommen und viele BewohnerInnen der Gemeinden bedroht und vertrieben.

Du sprichst von neuen Formen der Gewalt. Inwiefern sind sie anders als zuvor?

Neu ist, dass die Gemeinden direkt angegriffen werden, zum Beispiel durch den Drogenhandel. Die Jugendlichen in den Gemeinden werden abhängig gemacht und fangen an zu stehlen, um an das nötige Geld für die Drogen zu gelangen. Und sie handeln mit Drogen in den Gemeinden, was ein Unbehagen unter den BewohnerInnen auslöst. Diejenigen, die sich wehren, werden automatisch zu Angriffszielen für die Drogenhändler. So etwas gab es vorher nicht.

Wie siehst du die Rolle von PWS in dem neuen politischen Umfeld des «Posacuerdo» (Zeit nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens)?

Die Arbeit von PWS in den Gemeinden wird angesichts der neuen Formen der Gewalt noch wichtiger. Die Menschenrechtsverletzungen haben in letzter Zeit zugenommen, Angriffe und Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung kommen immer häufiger vor. Paramilitärische Gruppierungen greifen z. B. die BewohnerInnen an, weil diese ihr Land verteidigen oder weil sie Hindernisse für den Drogenhandel sind. Somit ist die Präsenz von PWS vor Ort unabdingbar und hilft, diese Attacken auf die Gemeinden zu verhindern.

Welche sind aus deiner Sicht die grössten Herausforderungen nach Abschluss des Friedensvertrages?

Da gibt es viele. Eine der grössten Herausforderungen wird die Wiedereingliederung der ehemaligen Guerilleros und Guerilleras ins zivile

Leben sein. Sie müssen wieder in ihre Gemeinden aufgenommen werden – nicht als Feindinnen und Feinde, sondern als normale BewohnerInnen. Eine weitere Herausforderung wird es sein, den neuen Formen der

Gewalt entgegenzutreten und die Leute zu unterstützen, damit sie auf ihrem Land bleiben und Widerstand leisten können gegen den von Firmen und anderen privaten Akteuren betriebenen illegalen Bergbau, die Enteignung der Ländereien, die Umweltverschmutzung.

Wie organisieren sich die wirtschaftlichen Akteure der Region nach dem Abkommen?

Die Guerilla wurde häufig als Hindernis für die Ausführung von Grossprojekten gesehen. In den von PWS begleiteten Gemeinden El Guayabo und El Garzal wurde seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags vermehrt die Präsenz von paramilitärischen Gruppierungen gemeldet. Deren klare Absicht ist es, sich das Land anzueignen, um von hier aus den Drogenhandel in andere Regionen des Landes voranzutreiben. Ein weiterer Faktor sind die Grossprojekte, wie z. B. der Bergbau, die zur Ausbeutung des Landes freie Handelsrouten brauchen.

Laut dem neuesten Informationsbulletin der NGO «Programa Somos Defensores» hat die Gewalt gegen MenschenrechtsverteidigerInnen in den ersten Monaten des laufenden Jahres zugenommen. Wie interpretierst du das?

Es ist zum Verzweifeln! Ein Grossteil der Opfer sind



Maritza Gutiérrez Hoyos,
PWS-Koordinatorin in
Kolumbien.
Foto: Deborah Bieri (PWS)

LandrechtsaktivistInnen, und ich nehme deshalb an, dass es den paramilitärischen Gruppierungen vor allem ums Land geht. Sie wollen es besitzen, um ihre Macht zu festigen und neue Projekte, wie z. B. den illegalen Bergbau, zu stärken. Hier ist es wichtig zu erwähnen, dass die Region Magdalena Medio eine riesige ökologische Vielfalt besitzt und durch ihre geografische Lage strategisch wichtig ist, auch für den Drogenhandel.

Der Paramilitarismus ist sehr stark präsent in der Projektregion, und mit der ELN steht noch die letzte Guerillaorganisation unter Waffen. Wo bleibt da der Frieden?

Beunruhigend ist, dass die ELN sich nicht freiwillig an den Verhandlungstisch setzte, sondern durch die Situation in der Region dazu gezwungen wurde. Der Frieden

vertrag macht sie verletzlich und sie verfügt weder über die strategische, noch über die politische oder militärische Stärke, um die Konfrontation weiterzuführen. Seit März dieses Jahres verhandeln die ELN und der kolumbianische Staat in Ecuador. Es bleibt zu hoffen, dass die Verhandlungen ein gutes Ende finden und ein beidseitiger Waffenstillstand erreicht wird. Weiter hoffe ich, dass konkrete Massnahmen ergriffen werden, um die Gemeinden besser zu schützen.

Du hast erklärt, paramilitärische Gruppierungen würden das Machtvakuum ausnützen, das durch den Abzug der FARC entsteht. Was tut die Regierung dagegen?

Die Regierung zeigt ihre Kampfbereitschaft, indem sie das Militär aufrüstet und mehr Soldaten in die Regionen schickt, aus denen sich die Guerilla zurückgezogen hat. Aber in den Zonen, in denen PWS präsent ist, haben wir kein Eingreifen der Regierung festgestellt, eher das Gegenteil: sie zeigt sich der Situation der Gemeinden gegenüber gleichgültig.

Zu guter Letzt: Wann kann denn in Kolumbien von Frieden gesprochen werden?

Wann? Das ist eine sehr wichtige Frage, aber gleichzeitig auch eine sehr beunruhigende. Frieden bedeutet mehr als nur ein Waffenstillstand. Man kann von Frieden reden, wenn die Natur nicht mehr ausgebeutet und wenn verstanden wird, dass das Wasser überlebensnotwendig ist, Bildung und Gesundheit Grundrechte sind und alle ArbeiterInnen dieses Landes einen gerechten Lohn verdienen sollten.

Interview und Übersetzung aus dem Spanischen:
Deborah Bieri (PWS)